

Der Staat als Schiedsrichter oder Mitspieler? – Aufstellung und Ziele der Wirtschaftspolitik

Von Dr. Marei Waidmann, Wiesbaden



Bilder: © Calourbox, iStockphoto/emptyclouds

Themen

Angebotspolitik	2	M 4		
Außenwirtschaftliches Gleichgewicht	2	M 1 – M 2		
Beschäftigung	2	M 1 – M 2		
Geldpolitik	1	M 4		
Interessengruppen	2	M 3		
Konjunkturzyklus	2	M 4		
Magisches Sechseck	2	M 2		
Magisches Viereck	2	M 1 – M 2		
Nachfragepolitik	2	M 4		
Ordnungspolitik	1	M 2	2	M 0
Preisniveaustabilität	2	M 1 – M 2		
Prozesspolitik	1	M 2	2	M 0
Wettbewerbspolitik	1	M 3		
Wirtschaftswachstum	2	M 1 – M 2		

Aufbau der Unterrichtseinheit

MODUL	h	KOMPETENZEN	MATERIALIEN
1 Wirtschaftspolitik als Spiel – Regeln machen oder Spielzüge gestalten?	3	<ul style="list-style-type: none"> Die Fachbegriffe Wirtschafts-, Ordnungs- und Prozesspolitik verstehen und anwenden. Wirtschaftspolitik modellhaft als „Spiel“ mit rahmengebenden Regeln und aktiven Spielzügen systematisieren. Wettbewerbs- und Geldpolitik als exemplarische Politikfelder der Ordnungs- und Prozesspolitik analysieren. Die Bedeutung der Wirtschaftspolitik in den verschiedenen Wirtschaftsordnungen Zentralverwaltungswirtschaft, freie und soziale Marktwirtschaft analysieren. 	M 1 – M 4
2 Wirtschaftspolitische Entscheidungen – wer macht was warum? Vorwissen: Ordnungs- und Prozesspolitik	4	<p>Die Ziele der Wirtschaftspolitik</p> <ul style="list-style-type: none"> im Modell des Magischen Vierecks bzw. Sechsecks systematisieren, im Hinblick auf mögliche Zielkonflikte analysieren, hinsichtlich eigener Prioritäten ordnen und reflektieren. <p>Die Akteure der Wirtschaftspolitik hinsichtlich ihrer Einflussmöglichkeiten und Ebenen systematisieren.</p> <p>Wirtschaftspolitische Konzepte</p> <ul style="list-style-type: none"> anhand eines Konjunkturzyklus nachvollziehen, mithilfe des Modells von Angebots- und Nachfragepolitik differenzieren. 	M 0 – M 4

Die Dauer ist in Unterrichtsstunden à 45 Minuten angegeben. Die Angaben sind als Richtwert zu betrachten.

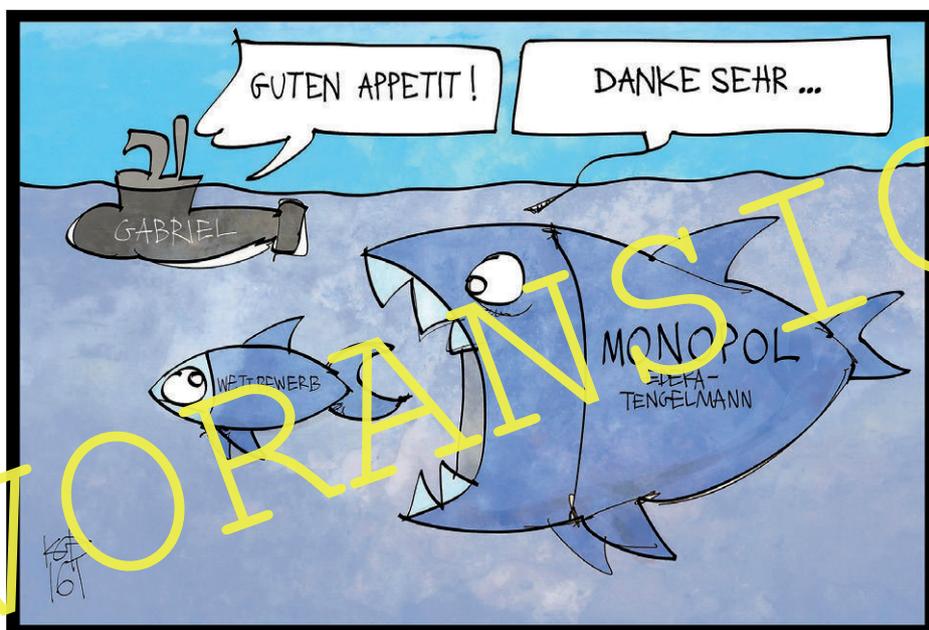
Hinweise zu den Materialien

Zu M 3

M 3 legt den Fokus auf Wettbewerbspolitik als Beispiel für Ordnungspolitik. Dieses Politikfeld ist in den Medien immer wieder präsent – etwa dann, wenn ein spektakuläres Kartell aufgedeckt wird und hohe Bußgelder fällig werden oder wenn eine Fusion zweier Unternehmen verboten wird. Entsprechend haben Ihre Schüler bereits gewisse Vorkenntnisse in diesem Bereich. Zusammen mit den auf M 3 dargestellten Informationen sollten die Schüler in der Lage sein, selbstständig Missbrauchstatbestände zu nennen und zu erläutern. Aufgabe 2 sollte idealerweise im Partnergespräch erarbeitet werden.

Möglichkeiten der Lernerfolgskontrolle

1. Erläutern Sie, was unter dem Begriff Ordnungspolitik zu verstehen ist.
2. Beschreiben Sie die Karikatur. Auf welches Ereignis spielt der Zeichner hier an? Erläutern Sie die Zusammenhänge.



3. Erörtern Sie, ob Ordnungspolitik oder Prozesspolitik für die Gestaltung deutscher Wirtschaftspolitik wichtiger ist.

Weiterführende Medien

Altmann, Jörn (2007): Wirtschaftspolitik: Eine praxisorientierte Einführung. 8. Aufl. Stuttgart: utb: Der Lehrbuch-Klassiker (646 S.) erläutert in gut verständlicher Sprache Ziele, Konzepte und Instrumente der Wirtschaftspolitik, illustriert diese an ausgewählten Politikfeldern (z. B. Geldpolitik), zeigt Zielkonflikte und alternative Konzepte auf. Er überzeugt durch viele Schaubilder und praxisnahe Details.

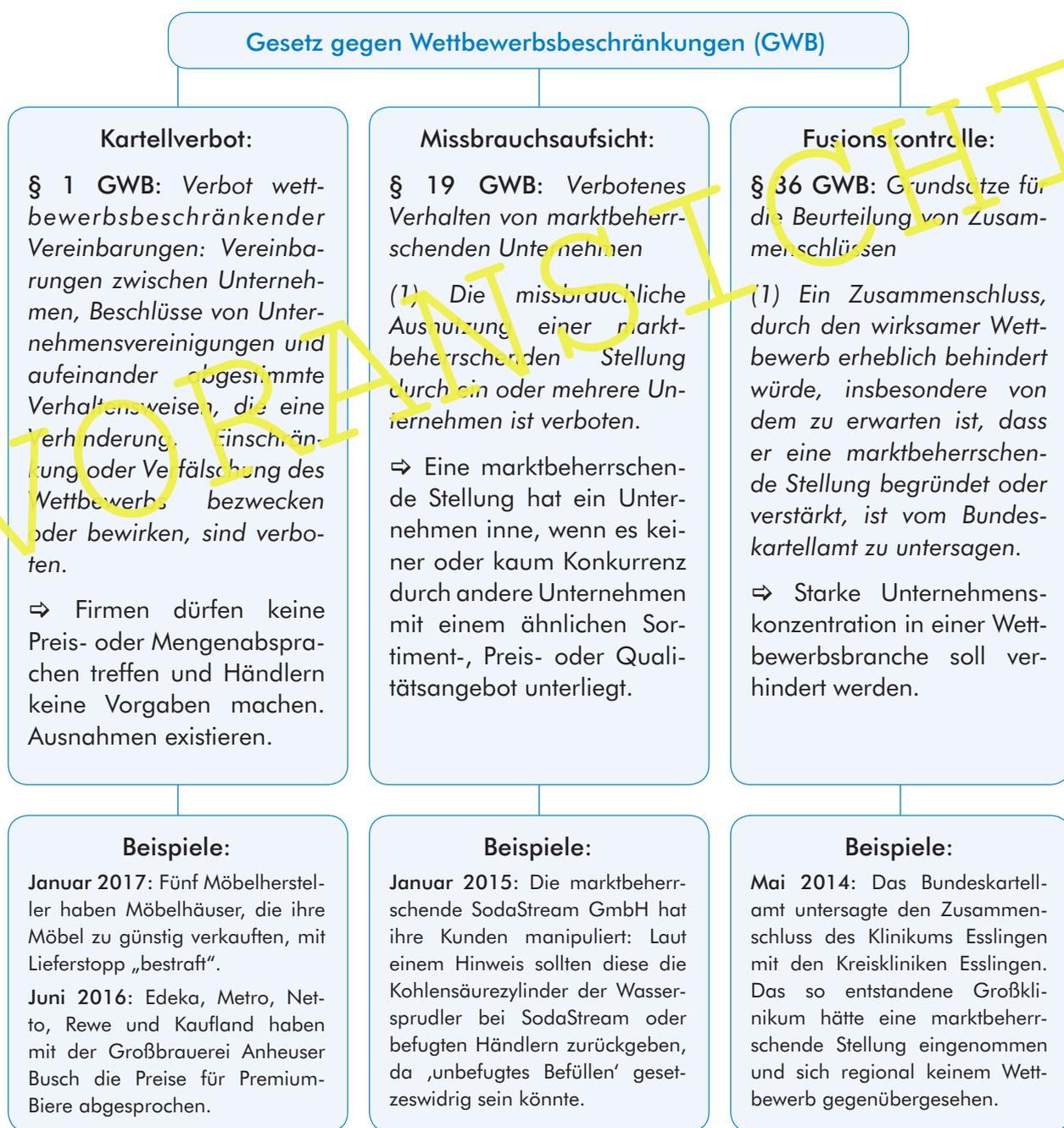
Eucken, Walter (2012): Grundsätze der Wirtschaftspolitik. 7. Aufl. Stuttgart: Mohr Siebeck: In diesem posthum erschienenen Buch (430 S.) leitet Walter Eucken die sieben konstituierenden Prinzipien einer Wirtschaftsordnung sowie die vier regulierenden Prinzipien als existenten Bestandteil einer Wettbewerbsordnung her.

<http://www.bundeskartellamt.de>: Auf der offiziellen Homepage des Bundeskartellamtes gibt es umfangreiche Informationen zu wettbewerbspolitischen Themen sowie aktuelle Fallberichte zu entsprechenden Entscheidungen des Bundeskartellamtes.

Die Wettbewerbspolitik – Herzstück der Ordnungspolitik

Wenn Firmen Preise absprechen oder, manchmal, wenn sie mit anderen Firmen fusionieren, wird der freie Wettbewerb beeinträchtigt. Welche Gesetze und Instrumente schützen ihn?

Wettbewerb – was ist das? Unter Wettbewerb versteht man eine Situation, in der mehrere Marktteilnehmer in Konkurrenz miteinander stehen, z. B. um Käufer oder Zulieferer. Ihr Ziel ist es, sich gegenseitig im Preis für vergleichbare Produkte zu unterbieten. Der Wettbewerb sorgt idealerweise dafür, dass die Preise für die Konsumenten nicht zu hoch werden, sondern sich auf einem für die Unternehmen gerade kostendeckenden Niveau einpendeln. Nachteil des „Preiskampfs“ ist, dass Unternehmen dazu verleitet werden können, Umwelt- und Arbeitsschutzmaßnahmen zu umgehen, Löhne zu drücken oder die Produktqualität zu verringern, um einen niedrigen Verkaufspreis zu erzielen. In Deutschland gibt das **Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB)** den ordnungspolitischen Rahmen zur Sicherstellung eines funktionsfähigen Wettbewerbs vor. Darin sind u. a. folgende Bestimmungen enthalten:



Quellen: Bundeskartellamt; Spiegel Online/nck/AFP; Preiskartell: Bundeskartellamt verhängt Millonenstrafe gegen Möbelhersteller, 12.01.2017; Handelsblatt/dpc; Preisabsprache bei Bier: Millonenstrafen für Edeka, Metro, Netto und Kaufland, 09.05.2016

Wohin des Weges? – Ziele der deutschen Wirtschaftspolitik

Welche Ziele deutsche Wirtschaftspolitiker anvisieren und möglichst treffsicher in die Tat umsetzen sollen, regelt das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz. Nicht geregelt ist dort hingegen, wie die Ziele gemessen werden und wann sie als erreicht gelten. Daran entzündeten sich immer wieder Debatten.

Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (1967)

§ 1 Bund und Länder haben bei ihren wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen die Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu beachten. Die Maßnahmen sind so zu treffen, dass sie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig zur Stabilität des Preisniveaus, zu einem hohen Beschäftigungsstand und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum beitragen.

© iStockphoto/style-photography



Gruppe 1: Hauptziel ‚hoher Beschäftigungsstand‘

Wenn in einer Volkswirtschaft ein hoher Beschäftigungsstand erreicht wird, gehen viele Menschen einer bezahlten Beschäftigung nach und im Gegenzug sind wenige Menschen arbeitslos. Ein Indikator für die Zielerreichung eines hohen Beschäftigungsstandes ist die Arbeitslosenquote. Die Arbeitslosenquote setzt die Zahl der registrierten Arbeitslosen zu den Erwerbspersonen in Beziehung. Die Arbeitslosenquote betrug im Jahresdurchschnitt im Jahr 2016 in Deutschland 6,1 Prozent. Dies ist ein im Vergleich zu den Vorjahren und auch im internationalen Vergleich sehr niedriger Wert.

Diese Art der Berechnung ist nicht unumstritten. Kritisiert wird, dass in der Quote lediglich alle tatsächlich als arbeitslos gemeldeten Personen berücksichtigt werden. Arbeitssuchende, die sich in Weiterbildungs- oder Umschulungsmaßnahmen befinden oder sich von einer privaten Arbeitsagentur vermitteln lassen, bleiben bei der Berechnung unberücksichtigt – genauso wie Ein-Euro-Jobber oder ‚unvermittelbare‘ Ältere.

Quellen: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1224/umfrage/arbeitslosenquote-in-deutschland-seit-1995/>; <http://www.n-tv.de/politik/Arbeitslosenstatistik-ist-geschoent-article5101146.html>

Gruppe 2: Hauptziel ‚stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum‘

Um das Wirtschaftswachstum eines Landes zu bestimmen, wird das Bruttoinlandsprodukt (BIP) eines Jahres mit dem BIP des Vorjahres verglichen. Das BIP misst den Wert sämtlicher Waren und Dienstleistungen, die innerhalb eines Jahres innerhalb eines Landes hergestellt werden. Vorleistungen (d. h. der Wert der in der Produktion verbrauchten Güter) müssen in der Berechnung abgezogen werden. Stetiges Wachstum meint dabei eine gleichmäßige Entwicklung ohne extreme Schwankungen. Schwieriger zu definieren ist, was als ‚angemessenes Wachstum‘ anzusehen ist. Früher galten in Deutschland vier Prozent als angemessen, inzwischen sind es eher zwei bis drei Prozent. Im Jahr 2016 wuchs die deutsche Wirtschaft um 1,9 Prozent.

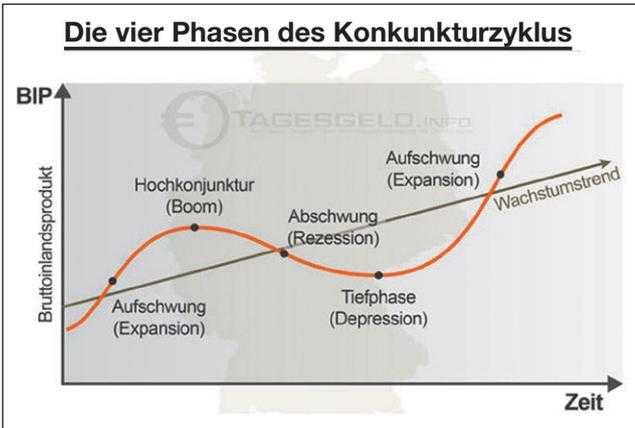
„Das Bruttoinlandsprodukt misst alles – außer dem, was das Leben lebenswert macht.“ Kritiker des BIP würden diesem Satz John F. Kennedys voll und ganz zustimmen. Sie beanstanden, dass der Indikator soziale Kosten und Umweltfolgen außer Acht lässt. Bislang hat sich an der Berechnung des BIP zwar nichts geändert, doch alternative Modelle existieren. So bezieht der „Echte Fortschrittsindikator“ GPI ehrenamtliche Tätigkeiten als Wertschöpfung mit ein. Hingegen werden z. B. durch Verbrechen oder CO₂-Ausstoß verursachte Kosten abgezogen – sodass nicht wie beim BIP die Ausgaben für die Behebung von Verbrechen- und Umweltschäden als Wachstum einberechnet werden.

Quellen: <http://www.spektrum.de/kolumne/tschuess-bruttoinlandsprodukt-zeit-fuer-was-neues/1220479>; https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2017/01/PD17_010_811.html

M 4

Welche Wirtschaftspolitik hat Konjunktur? – Nachfrage- vs. Angebotspolitik

Wirtschaftspolitik ist keine Naturwissenschaft: Nicht immer führt eine Maßnahme X auch zum erwünschten Ergebnis Y. Welche Wirtschaftspolitik ‚die richtige‘ ist, ist umstritten – vor allem in Wahlkampfzeiten. Dabei stehen sich insbesondere zwei Konzepte gegenüber: die Nachfrage- und die Angebotspolitik.



Angebots- und Nachfragepolitik geben unterschiedliche Antworten auf die Frage, wie mit konjunkturellen Schwankungen umgegangen werden soll. Unabhängig vom langfristigen Trend gibt es mittelfristig Phasen, in denen die Wirtschaft stärker oder schwächer wächst. Dies sind konjunkturelle Schwankungen. Die vier aufeinanderfolgenden Phasen Aufschwung, Boom, Rezession und Depression bilden zusammen einen Konjunkturzyklus.

NACHFRAGEPOLITIK		ANGEBOTSPOLITIK
<p>Keynesianismus nach John Maynard Keynes</p>	<p>Theorien Ursprung</p>	<p>Neoklassik; Monetarismus nach Milton Friedman</p>
<p>Instabilität des Marktsystems: Privatsektor kann sich nicht selbst auf einem Niveau der Vollbeschäftigung und Produktionsauslastung stabilisieren. <u>Warum?</u> ⇒ <u>Kurzfristig:</u> Unsichere, schwankende Erwartungen (von Unternehmen und Verbrauchern) über die Zukunft: Die Nachfrage kann infolge von optimistischen oder pessimistischen Konjunkturerwartungen heftig schwanken. ⇒ <u>Langfristig:</u> Eine rückläufige Konsumnachfrage in den Industrieländern: Es konzentriert sich immer mehr Einkommen in immer weniger Händen, von dem immer weniger ausgegeben und immer mehr gespart (und nicht konsumiert) wird.</p>	<p>Eigenschaft des Marktsystem</p>	<p>Stabilität des Marktsystems: Privatsektor kann sich selbst auf einem Niveau der Vollbeschäftigung und Produktionsauslastung stabilisieren. <u>Warum?</u> ⇒ <u>Kurzfristig:</u> „Jedes Angebot schafft sich seine Nachfrage.“ (Say’sches Theorem): Die Produktion von Gütern schlägt sich in Arbeitseinkommen nieder, das direkt für den Konsum ausgegeben oder gespart wird. Letzteres steht anderen Wirtschaftsteilnehmern für ihre Konsumnachfrage zur Verfügung. ⇒ <u>Langfristig:</u> Unternehmerische Innovationen (z. B. neue Produkte, verbesserte Produkte) erschließen neue Märkte und generieren neue Konsumnachfrage.</p>
<p>... <u>der kurzfristigen, erwarteten Konsumnachfrage:</u> ⇒ <u>Positive Investitionsentscheidung:</u> Die <u>erwarteten Gewinne</u> aus einer Investition, die von der erwarteten Konsumnachfrage abhängen, minus der Produktionskosten müssen größer sein als mögliche Einnahmen aus Zins- oder Spekulationsgeschäften. Andernfalls investiert der Unternehmer nicht, sondern legt sein Geld am Kapitalmarkt an.</p>	<p>Investitionen hängen ab von ...</p>	<p>... <u>dem langfristigen, realen Einkommen bzw. Vermögen:</u> ⇒ <u>Positive Investitionsentscheidung:</u> Die finanziellen Ressourcen des Unternehmers, d. h. <u>seine realen Gewinne</u>, müssen verbessert werden.</p>